



Newsletter 06/22, 01. Juli 2022

Liebe Freundinnen und Freunde, sehr geehrte Damen und Herren,

die steigenden Preise im alltäglichen Leben treiben Bürgerinnen und Bürger in Deutschland immer mehr um. Die Inflation ist mittlerweile auf dem höchsten Stand seit fast 50 Jahren. Im Mai lagen die Preise fast 8 Prozent über dem Niveau des Vorjahres. Neben der Preissteigerung bei Lebensmitteln und Bedarfsgütern des Alltags tragen vor allem die explodierenden Energiepreise dazu bei. Die Heizölpreise haben sich im Vergleich zum Mai 2021 fast verdoppelt, der Gaspreis ist um mehr als die Hälfte gestiegen. Auch Tanken ist und bleibt teuer.

Die Preissteigerung entwertet Einkommen und Renten und verringert das Sparvermögen der Menschen in Deutschland. Was die Regierung jedoch gegen die Inflation vorlegt, wird dem Ernst der Lage nicht gerecht! Wir als CDU/CSU-Fraktion haben daher mit dem Antrag „Teuerspirale beenden – Bürgerinnen und Bürger schnell und wirksam entlasten“ konkrete Forderungen an die Bundesregierung gerichtet: So muss die Energiepreispauschale auch Rentnerinnen und Rentnern, Versorgungsempfängern, Studierenden sowie Beziehern von Lohnersatzleistungen wie jungen Eltern zugutekommen. Die sog. kalte Progression muss kurzfristig, vollständig und rückwirkend ausgeglichen werden. Die Stromsteuer sowie der Industriestrompreis müssen gesenkt werden. Wir brauchen mehr Transparenz und Entlastung bei den Energiepreisen, eine bessere Förderung für private Photovoltaik und

ein Programm der Bundesregierung zur Reduzierung des Gasverbrauchs. Der Antrag wurde von der Ampel-Koalition abgelehnt.

Wir haben außerdem den Antrag "Stärkung der beruflichen Bildung – Strukturierte Berufsorientierung ermöglichen und gleichwertige Qualifikationen konsequent sicherstellen" eingebracht. Die berufliche Ausbildung ist ein wichtiges Standbein eines starken Mittelstandes. Um dem Fachkräftemangel zukünftig zu begegnen, muss die Attraktivität der beruflichen Bildung wie auch die optimale und effektive Zusammenführung von Ausbildungsplatzbewerbern und Ausbildungsbetrieben gestärkt werden. In diese Richtungen zielt der Antrag und setzt die Maßnahmen fort, die unter der CDU/CSU-geführten Bundesregierung bereits in der 18. und 19. Legislaturperiode begonnen worden sind. Der eklatante Fachkräftemangel in vielen Bereichen ist auch bei meinen Betriebsbesuchen im Wahlkreis regelmäßig Thema. Ich setze mich daher ganz besonders dafür ein, allgemeine, aber auch bereichsspezifische Maßnahmen wie zum Beispiel in der Pflege voranzubringen und umzusetzen. Denn der Fachkräftemangel wird mit der Zeit nicht kleiner, sondern größer!

Mit herzlichen Grüßen!

Ihre

A handwritten signature in blue ink, appearing to read "Dana Sisk". The signature is fluid and cursive, with a horizontal line drawn below it.

Neues aus dem Bundestag



Klausurtagung der Arbeitsgruppe Gesundheit der CDU/CSU- Bundestagsfraktion

Am 19. und 20. Juni fand die Klausurtagung der Mitglieder der AG Gesundheit meiner Fraktion im Bundestag statt. Wir haben uns mit verschiedenen hochkarätigen Experten zu diversen Themen ausgetauscht und sehr guten Input für unsere Arbeit im Gesundheitsausschuss erhalten.

- Mit Prof. Dr. Klaus Stöhr, Virologe, Epidemiologe sowie ehemaliger Koordinator des globalen Influenzaprogramms der WHO haben wir die Pandemievorsorge für den Herbst/Winter 2022 diskutiert.
- Das große Thema "Lehren aus der Pandemie - wie gewappnet sind wir für die nächste Krise?" haben wir mit Prof. Dr. Hendrick Streeck, Direktor des Institutes für Virologie an der Medizinischen Fakultät der Universität Bonn umfassend erörtert.
- Die gesundheitspolitischen Herausforderungen in der 20. Legislaturperiode und darüber hinaus waren Thema des Gesprächs mit unserem Fraktionsvorsitzenden Friedrich Merz.
- Über den gesundheitspolitischen Handlungsbedarf und welche Arbeitsaufträge sich bis 2025 daraus ergeben, haben wir zum Abschluss mit Prof. Josef Hecken, Vorsitzender des Gemeinsamen Bundesausschusses, diskutiert.

Wir haben viele konkrete Überlegungen für die zukünftige Gesundheitspolitik sammeln können und werden diese in den nächsten Wochen und Monaten in die Debatten einbringen.



Plenarwochen 30. Mai bis 03. Juni und 20. bis 24. Juni 2022

Die erste Plenarwoche im Juni war einem besonderen Thema vorbehalten: dem Bundeshaushalt 2022. Zur Abstimmung stand der Haushaltsplan der Ampelkoalition in Rekordhöhe von annähernd 500 Milliarden Euro – die zweitgrößte Neuverschuldung in der Geschichte der Bundesrepublik!

Schnell war klar: Eine nachhaltige Finanzierung der Staatsfinanzen sieht anders aus. Anstatt im Bundeshaushalt 2022 Prioritäten zu setzen, geben Bundeskanzler Olaf Scholz und Bundesfinanzminister Christian Lindner viel Geld aus, um Widersprüche in der Parteiprogrammatik zu überbrücken. Übernahme von Verantwortung für kommende Generationen geht anders!

Beispielsweise hat die Ampelregierung für den ganzen Bereich der Sozialversicherung keine wirkliche Vorsorge getroffen. Das wird in den nächsten Jahren und Jahrzehnten ein echtes Problem werden. Wir haben Vollbeschäftigung und mit 45 Millionen Beschäftigten, die in die Sozialkassen einzahlen, auch Rekordbeschäftigung. Trotzdem sind wir nicht in der Lage, daraus die Rente zu finanzieren. Wir können die Krankenkassen nicht finanzieren, und wir können auch die Pflege nicht finanzieren – Themen, die mich als Gesundheitspolitikerin natürlich besonders umtreiben!

Wie wir als Opposition es gefordert haben, kommen nun die 100 Milliarden Sondervermögen für die Bundeswehr. Das Geld fließt auch vollständig in die Bundeswehr – einer unserer Hauptpunkte. Die Bundeswehr bleibt auch nach Auslauf des Sondervermögens ausfinanziert. Denn die Mittel zur Erreichung der NATO-Ziele werden auch weiterhin bereitgestellt. Dazu kommen klare Absprachen zum Wirtschaftsplan, zur

Tilgung und zu einem Begleitgremium im Haushaltsausschuss. So sieht eine ordentliche Planung aus!

Ende Juni haben wir in erster Lesung drei unterschiedliche Entwürfe zur Regelung der Suizidhilfe beraten. Bei den drei Gesetzentwürfen handelt es sich um Vorschläge von Abgeordnetengruppen, wie das Recht der Suizidbeihilfe neu geregelt werden könnte. Denn mit Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2020 wurde der 2015 eingefügte § 217 des Strafgesetzbuches für mit dem Grundgesetz unvereinbar und nichtig erklärt. Die „geschäftsmäßige“ Suizidhilfe ist grundsätzlich wieder straffrei und ohne Regelungen zum Schutz der Freiverantwortlichkeit möglich. Eine auf wiederholte Hilfe zur Selbsttötung angelegte Tätigkeit von Organisationen, Vereinen und Einzelpersonen ist demnach zulässig.

Ich habe mich dem Antrag „Suizidprävention stärken und selbstbestimmtes Leben ermöglichen“ angeschlossen. Dieser erkennt das Recht auf Suizid grundsätzlich an, fokussiert sich jedoch auf die notwendigen Maßnahmen, Suizide im Vorfeld zu verhindern und mehr Beratungs- und Gesprächsmöglichkeiten zu bieten. Wären Angebote des assistierten Suizids leichter zugänglich als gute Pflege im Alter, bei Krankheit oder Behinderung, leichter zugänglich als psychotherapeutische und psychiatrische Hilfe in psychosozialen Krisen, leichter zugänglich als palliative Versorgung und niedrigschwellige Suizidpräventionsangebote, würde eine gefährliche Schiefelage entstehen, die den assistierten Suizid nicht nur ermöglichen, sondern vielmehr fördern würde. Der assistierte Suizid darf nicht als Ausgleich anderer Versorgungsdefizite dienen.

Etwa 90 Prozent der Suizide stehen in Verbindung mit einer psychischen Erkrankung, wobei nicht jeder Suizidgedanke als Krankheitssymptom definiert werden kann. Auch gesellschaftliche und psychosoziale Faktoren spielen eine wesentliche Rolle. Suizidgedanken sind häufig volatil. Insbesondere bei psychisch kranken Menschen können solche Gedanken aber auch über längere Zeit andauern und nach erfolgreicher Therapie gänzlich verschwinden. Ein solcher Wunsch ist zumeist nicht der Wunsch nach dem Tod, sondern der Wunsch nach einer Pause, nach einer Zäsur von einer als unerträglich empfundenen Lebenssituation. Daher müssen die entsprechenden Beratungs- und Hilfsangebote ausgebaut und niederschwellig zugänglich gemacht werden.




DialogWERKSTATT „Frankreich nach den Wahlen - Bedeutung für Europa und das Dreiländereck D/F/Ch“
Montag, 20. Juni 2022, 18:00-19:30 Uhr



Dr. Wolfgang Schäuble, MdB, Präsident des Deutschen Bundestages a. D. und Initiator Deutsch-Französische Parlamentarische Versammlung



Diana Stöcker, Bundestagsabgeordnete des Wahlkreises Lörrach-Müllheim



Prof. Dr. Ronja Kempin (Stiftung Wissenschaft und Politik), Expertin für Deutsch-Französische Beziehungen in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik

DialogWERKSTATT „Frankreich nach den Wahlen - Bedeutung für Europa und das Dreiländereck D/F/Ch“

Mit Dr. Ronja Kempin (Stiftung Wissenschaft und Politik), Expertin für Deutsch-Französische Beziehungen in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik und Dr. Wolfgang Schäuble MdB, Präsident des Deutschen Bundestages a.D. und Initiator der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung habe ich in der DialogWERKSTATT die politische Situation in Frankreich nach den Wahlen diskutiert. Analysiert wurde insbesondere die Bedeutung für Europa, für Deutschland, aber auch für das Dreiländereck.

Macrons Bündnis "Renaissance" hat bei der Wahl in Frankreich dramatische Verluste hinnehmen müssen und die Hälfte der eigenen Abgeordnetenmandate verloren, seine Parteien-Allianz „Ensemble!“ hat die absolute Mehrheit eingebüßt. "Große Gewinnerin ist Marie LePenn und die Linksallianz Nupe ist zum zweiten politischen Block geworden. Die größte Gruppe sind allerdings die Nichtwähler. Damit ist die Enthaltung zu einem strukturellen Phänomen geworden!" beschrieb Dr. Ronja Kempin die Situation. Dies bestätigte auch Dr. Wolfgang Schäuble: „Es gibt ähnlich kritische Entwicklungen bei unterschiedlichen Systemen in westlichen Demokratien. Problematisch war die Nicht-Positionierung Macrons im bekannten Parteiengefüge zwischen links und rechts. ‚Macron ist keine Partei‘, daher ist das Ergebnis der Wahl nicht überraschend. Der Sieger der Wahl heißt Wladimir Putin, denn Europa ist durch diesen Wahlausgang geschwächt“. Hier kritisierte er auch Deutschland, da mehr Unterstützung für Macron aus dem Ausland möglich und nötig gewesen wäre.

Vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine und der damit einhergehenden Bedrohungssituation in Europa wurde die Bereitschaft, Risiken einzugehen und Herausforderungen anzunehmen auch für Deutschland angemahnt. Kempin: „Eine Integration der europäischen Staaten in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist längst überfällig. Wie die derzeitige Situation zeigt, ist die politische Union ohne diese unvollständig und nicht stark genug im Spiel der Kräfte.“ Sie brachte den Aufbau eines Sicherheits- und Verteidigungsfonds der EU ins Spiel, um die derzeit fragmentierte Rüstungs- und Verteidigungspolitik zusammenzuführen. Dass Deutschland Initiativen in erforderlicher Größenordnung vorantreiben muss, war zwischen den Diskutierenden unstrittig: „Europa muss sich selbst verteidigen können. Deutschland muss seinen Teil für die Verteidigung Europas leisten und hier investieren, so wie es viele unserer Nachbarn bereits lange tun. Dabei sollten wir von uns aus die größeren Schritte machen, bei gemeinsamen Projekten nicht nur im Klein-Klein diskutieren, wer was macht“, so Wolfgang Schäuble. Das Erstarken der europakritischen Partei von LePenn sah Diana Stöcker für das zukünftige Regierungshandeln von Macron in diesem Zusammenhang als kritisch an, dem Dr. Wolfgang Schäuble und Dr. Kempin zustimmten.

Auch die Bedeutung des Ausgangs der Wahl für die Grenzregionen zu Frankreich und zur Schweiz wurde im Gespräch thematisiert. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit sah man unisono nicht als gefährdet an. Die Wahlergebnisse im Elsass zeigten, dass Französischen und Franzosen eine offene Haltung gegenüber der Zusammenarbeit mit Deutschland und Europa haben. Bürgerinnen und Bürger in den drei Ländern haben viele Berührungspunkte. Dies ist eine wichtige Voraussetzung für eine länderübergreifende

Zusammenarbeit auf kommunal- und regionalpolitischer Ebene. Wichtig und beispielhaft ist die bereits gut funktionierende, gemeinsame politische Arbeit im Dreiländereck, diese hat Modellcharakter. Wir vernetzen zum Beispiel im trinationalen Districtsrat gewählte politische Akteure aus den drei Ländern. Gemeinsam fördern wir im Trinationalen Eurodistrict Basel konkrete trinationale Projekte, die für die Bürgerinnen und Bürger auf beiden Seiten einer Grenze wahrnehmbar sind. Dr. Schäuble schlug vor, in Initiativen über die Grenzen hinaus noch kreativer und regionalpolitischer zu agieren und beispielsweise eine gemeinsame Solidaritätsaktion für die Ukraine beidseitig des Rheins zu initiieren. Dr. Kempin hob hervor, wie wichtig die Fokussierung auf grenzüberschreitende Projekte für junge Menschen zwischen 18 und 24 Jahren sei, da in dieser Altersgruppe 70 Prozent der Wahlberechtigten in Frankreich nicht zur Wahl gegangen seien. Ich werde diesen wichtigen Punkt als Vizepräsidentin des Districtsrats in die trinationale Plenarversammlung einzubringen.

Die nächste **DialogWERKSTATT** findet am **Freitag, 22. Juli, ab 19:00 Uhr** zum Thema **"Ernährungssicherheit"** im **Hotel "Vier Löwen"** in der **Talstraße 16-18, 79677 Schönau** im Schwarzwald statt.



Fachgespräch zur Parität zum 85. Geburtstag von Dr. Rita Süßmuth

Auf dem Weg zur Parität! Über eine Steigerung des Frauenanteils im Deutschen Bundestag und Vorschläge, wie dies erreicht werden kann, wird bereits seit Langem diskutiert. Mittlerweile gibt es im Deutschen Bundestag eine Wahlrechtskommission, die sich unter anderem mit dieser Fragestellung befasst. Im Fachgespräch anlässlich des 85. Geburtstags von Prof. Dr. Rita Süßmuth, Bundestagspräsidentin a.D. und

Ehrevorsitzende der Frauenunion der CDU Deutschlands, haben wir in der Gruppe der Frauen der CDU/CSU intensiv über dieses Thema diskutiert. Prof. Rita Süssmuth mahnte an, dass keine Zeit mehr sei, immer dieselben Debatten zu führen, sondern dass Parität als Grundsatz jetzt notwendig ist!

Wir haben in der CDU viele tolle Frauen, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen, machte auch Silvia Breher deutlich. Darüber, dass eine echte Gleichberechtigung und Gleichstellung nur mit Männern und Frauen gemeinsam entstehen kann, sind wir uns alle einig.

Es war ein sehr schöner Abend mit vielen Impulsen und einer Jubilarin, deren Lebenswerk auch von Friedrich Merz gewürdigt wurde!



Das Hebel-Gymnasium aus Lörrach zu Besuch in Berlin!

Besuch im Bundestag von der Klasse 10c des Hebel-Gymnasiums in Lörrach! Die Schülerinnen und Schüler waren zu einem ganz besonderen Anlass nach Berlin gekommen: Sie sind Preisträger beim Wettbewerb "Umbruchszeiten" der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und haben den dritten Platz belegt. Herzlichen Glückwunsch!

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Wettbewerbs waren dazu aufgefordert, das Thema "Jungsein während der Wende" zu erforschen und die Ergebnisse auf kreative Art und Weise in einem Beitrag zu verarbeiten. Die Schülerinnen und Schüler des Hebel-Gymnasiums haben dies in einem Podcast umgesetzt, in dem Zeitzeugen im entsprechenden Alter zu ihren Erlebnissen befragt wurden. Den Podcast mit dem Titel "Die

Lörracher Perspektive" ist unter www.umbruchszeiten.de oder www.hebel-gymnasium-loerrach.de abzurufen.

Neues aus dem Wahlkreis



Beim THW in Schopfheim

Ich bin sehr beeindruckt, wie viel die Ehrenamtlichen beim THW leisten! 800 Stunden im Jahr für das Ehrenamt sind eher die Regel als die Ausnahme! Das Ehrenamt ist unvergütet, aber für die Gesamtgesellschaft unbezahlbar. Das THW Schopfheim war zum Beispiel auch bei den schrecklichen Ereignissen im Ahrtal zur Stelle und hat geholfen. Vielen Dank an alle ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer!

Auf einem Rundgang durch den Standort Schopfheim wurden mir alle Geräte und Fahrzeuge gezeigt. Ich bedanke mich stellvertretend für das THW Schopfheim bei Markus Stibi und Steffen Puls. Nach unserem Rundgang haben wir uns noch sehr gut ausgetauscht.

Als verantwortungsbewusste Politikerin steht für mich fest: Gerade in der heutigen Weltlage braucht das THW jede politische Unterstützung. Ich werde die Interessen und Bedürfnisse des THWs mit nach Berlin nehmen: Ortsverbände brauchen Unterstützung durch hauptamtliche Mitarbeiter. Dies betrifft nicht nur die Ebene des Gerätewarts, sondern vor allem Unterstützung bei dem enormen Verwaltungsaufwand.

Für den Bundeshaushalt ist außerdem klar: Der THW-Haushalt muss verstetigt werden. Ich werde keinem Haushalt zustimmen, der bei der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürgern sparen möchte. Vielen Dank an Christian Leuchter vom THW-Landesverband für

die Organisation meines Besuchs!

Auf dem Foto v.l.n.r.: Steffen Puls, Christian Leuchter, Diana Stöcker, Georgia Pfeleiderer, Markus Stibi, Sebastian Pfeiffer



Im Wasserkraftwerk in Tegernau

Als Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Lörrach-Müllheim bin ich gerne Ansprechpartnerin für die vielfältigen Themen vor Ort. Unter anderem habe ich mich daher im Juni mit Wasserkraftwerk-Betreiber Herbert Kaiser und Julia Neff, Geschäftsführerin der Arbeitsgemeinschaft Wasserkraftwerke Baden-Württemberg e.V, in Tegernau in der Gemeinde Kleines Wiesental getroffen, um über die Situation der kleinen Wasserkraftwerke zu sprechen.

Durch das Osterpaket der Bundesregierung sind rund 90 Prozent der kleinen Wasserkraftanlagen existenziell bedroht. Denn Kleinanlagen mit einer Leistung von weniger als 500 Kilowatt sollen künftig nicht mehr mit staatlichen Mitteln nach dem Erneuerbare-Energie-Gesetz gefördert werden. Das ist unverantwortlich und weder ökonomisch noch ökologisch zu Ende gedacht. Denn so werden bestehende, CO₂-frei Strom produzierende Anlagen vernichtet und blindlings der Fokus fast ausschließlich auf Wind und Sonne gelegt. Die Ampel gräbt dem Ökostrom sprichwörtlich das Wasser ab! So empfinden das auch Betroffene wie Herbert Kaiser und seine Familie aus Todtnau, die mehrere Kleinanlagen betreiben.

„Wir gehen davon aus, dass hinter dem Gesetzentwurf ein Deal zwischen Umweltverbänden und dem Wirtschaftsministerium steckt“, erklärte Julia Neff bei unserem

Termin. Um ihre ambitionierten Energieziele zu erreichen, fokussiere die Regierung ihren Blick auf nachhaltige Energiequellen mit ganz großem Wachstumspotenzial, zu denen in erster Linie Windkraft und großflächige Photovoltaikanlagen gezählt würden. Weitaus weniger Potenzial werde der (Klein-) Wasserkraft beigemessen, der darüber hinaus die altbekannten gewässerökologischen Nachteile unterstellt würden: Durch die Anstauung der Flüsse entstünden Barrieren, mit denen die lebenswichtigen Laichwanderungen gestoppt würden, die Sedimentablagerungen und die Bildung von Treibhausgasen würden gefördert. Aus diesen Gründen hätten Naturschutzverbände der künftigen Priorisierung von Wind und Sonne zugestimmt und die Politik der Wasserkraft das notwendige „übergeordnete öffentliche Interesse“ abgesprochen, glaubt Julia Neff.

„Wir wissen um ökologische Notwendigkeiten an Gewässern und Nutzungskonflikte, aber eine solche Diskriminierung von bestehenden CO2-frei Strom produzierenden Anlagen habe ich noch nicht erlebt“, so Julia Neff vom Verband. Wenn das Gesetz den Weg durchs Kabinett und den Bundesrat finde, „können wir und die Betreiber vieler anderer Kleinwasserkraftwerke nach der aktuellen EEG-Förderlaufzeit einpacken“, fürchtet Herbert Kaiser.

Als CDU/CSU-Bundestagsfraktion wollen wir hingegen alle Erneuerbaren Energien unterstützen und fördern. Die Wasserkraft kann im Einklang mit der Wasserrahmenrichtlinie in Deutschland eine Zukunft haben und einen wichtigen Beitrag zur sicheren Energieversorgung unseres Landes leisten. Es ist politisch falsch, die Wasserkraft nachrangig zu behandeln. Kleine Wasserkraftwerke müssen erhalten bleiben!



Welches Potenzial hat unser Abfall?

Um das Thema Energie ging es auch bei meinem Termin in Eschbach bei der EEW Energy from Waste Gruppe. Mit Dr. Joachim Manns, COO und Mitglied der Geschäftsführung, und Uwe Jolas, Anlagenleiter der TREA Breisgau, habe ich mich vor Ort getroffen, um über Klimaschutz, Ressourcenschonung und Deutschlands Energiezukunft zu sprechen.

Wir haben unter anderem folgende Fragen diskutiert: Welchen Beitrag leistet die thermische Abfallverwertung für die Kreislaufwirtschaft? Welche Folgen hätte es, die thermische Abfallverwertung zusätzlich zu besteuern und damit zu verteuern?

Abfall hat ein großes Potential, ist er doch bereits jetzt mit einem Anteil von mehr als 16 Prozent nach Erdgas (48 Prozent) der zweitwichtigste Energieträger für die Versorgung mit Fernwärme! Mit der geplanten Einbeziehung der thermischen Abfallverwertung in das Brennstoff-Emissionshandelsgesetz würde die energetische Abfallverwertung verteuert, ohne eine Lenkungswirkung beim Klimaschutz zu erzielen.

Eine gemeinsame europäische Klima- und Energiepolitik kann nur gelingen, wenn wir wo immer möglich Potenziale vor Ort nutzen beziehungsweise erschließen und die Rahmenbedingungen für alle EU-Mitglieder gleich sind. Dabei müssen wir sämtliche heimischen Ressourcen nutzen und das Abwärmepotential bei Industrie, Gewerbe, Dienstleistungen und Handel vollständig ausschöpfen. Gleichzeitig dürfen die Haushalte nicht durch weiter steigende Abfallgebühren belastet werden!

Augenblicke



... bei der konstituierenden Sitzung des Landesvorstands der Frauenunion Baden-Württemberg ... mit meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus Berlin und aus dem Wahlkreis im Dreiländermuseum ...



... bei der Übergabe der Fackel des Kinder-Lebens-Laufs in meinem Wahlkreis ... beim Frühstück mit der Frauenunion Rheinfelden ...

Wenn Sie mehr zu meinen Terminen wissen wollen,
dann folgen Sie mir gerne auf Social Media!
Selbstverständlich dürfen Sie diesen Newsletter auch gerne an interessierte
Personen weiterleiten.

Meine nächsten Termine (Auswahl)

Freitag, 01. Juli

Gemeindejubiläum der Israelitischen Kultusgemeinde: 350 Jahre Jüdisches Leben in Lörrach/25 Jahre Wiedergründung der Gemeinde

Samstag, 02. Juli

11:00 Uhr Einweihung Jugendhaus LaLoona in Weil am Rhein

04. Juli - 08. Juli

Plenarwoche Bundestag Berlin

Samstag, 09. Juli

14:30 Uhr Digitaler Delegiertentag Frauenunion Bezirksverband Südbaden

Dienstag, 12. Juli

20:00 Uhr Vortrag Eberhard Zorn, Generalinspekteur der Bundeswehr, bei der Bürgerstiftung Ballrechten-Dottingen

Mittwoch, 13. Juli

Besuch des Dialysezentrums Freiburg

Besuch eines Wasserkraftwerks in Todtnau

Donnerstag, 14. Juli

KITA-Besuch in Lörrach anlässlich des Tags der kleinen Forscher

17:00 Uhr Tourismustag in Schliengen

Freitag, 15. Juli

Besuch des Bundesverbandes der Caritas Kinder- und Jugendhilfe in Freiburg

Einladung von CDU-Neumitgliedern in meinem Wahlkreis Lörrach-Müllheim zum Weingut Büchin

Samstag, 16. Juli

CDU-Kreisparteitag in Steinen

Sonntag, 17. Juli

11:00 Uhr Verleihung der Ehrenfahne des Europarates an die Stadt Bad

Krozingen anlässlich des 10-jährigen Jubiläums der Städtepartnerschaft zwischen Bojnice (Slowakei) und Bad Krozingen

Donnerstag, 21. Juli

Betriebsbesichtigungen in Kooperation mit der Mittelstand- und Wirtschaftsunion im Landkreis Lörrach

15:00 Uhr Besuch bei der Seniorenunion Lörrach

18:00 Uhr Gespräch mit Junglandwirten im Raum GVV Schönau

Freitag, 22. Juli

19:00 Uhr DialogWERKSTATT "Ernährungssicherheit" im Hotel "Vier Löwen", Talstraße 16-18, 79677 Schönau

Samstag, 23. Juli

Aktionstag "100 Jahre Bergwacht Schwarzwald" auf dem Feldberg

Mittwoch, 27. Juli

Besuch des Zentrums für Psychiatrie in Emmendingen

Besuch des Plasmazentrums der Uniklinik Freiburg

Donnerstag, 28. Juli

14:00 Uhr: Sitzung der CDU-Kreistagsfraktion auf der Landesgartenschau
Neuenburg



Impressum

Diana Stöcker MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

diana.stoecker@bundestag.de